

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 277

Donnerstag, den 28. November 1918

13. Jahrgang

Die kritische Lage Deutschlands.

Eine Darstellung des Volksbeauftragten Barth in Berlin.

Deutschlands kritische Lage.

Der Ernährungsbankrott. — Die Sozialisierung. — Ein blutiger Konflikt in Lennep. — Die Oberste Heeresleitung. — Der Präliminarfrieden.

In den Germania-Sälen in Berlin wurde gestern eine Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte eröffnet, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und der Stellung der Unternehmehrbeschäftigten. Der Volksbeauftragte Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er mit rückhaltloser Offenheit und Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aussprach. Wenn es so weiter geht, wie es in der letzten Woche gegangen ist, sind wir mit unserem Vorkriegsstand zu Ende. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Bankrottspolitik betrieben. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ist in den letzten vier Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes herabgegangen, trotzdem wurde in Oberschlesien gestreikt. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage. Es müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung für die Mackensen-Armee. Voraussetzungen sind der größte Teil von ihr den Feldweg in Fußmärschen zurücklegen müssen. 7 bis 8 Millionen Menschen kehren in den Produktionsprozess zurück. Wenn dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Experimente einzelner Gruppen können nicht geduldet werden. Zur Durchführung der Sozialisierung gehört ein organischer und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen, richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik. Genau wie wir von der Arbeiterklasse ein organisches Einschreiten im Interesse des Sozialismus verlangen, so verlangen wir aber auch ein festes Einschreiten der Unternehmer, ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verwertet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Mittergüter sozialisiert werden. Alle diese Probleme können nur durch Kohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungerhysterie verdrängt sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens. Schon ist die Gegenseite am Wert, um der Revolution den Garau zu machen. Darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition, wir sind nicht feige genug, um ruhig mit anzusehen, wie ein General mit einer Prätoriansgarde die Revolution niederschlägt. (Wohlfahrt-Befall.) Um Remedur zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die Verlegung der obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht und schließlich soll der General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden.

Gestern ist es zwischen der Generallität zu den Reich (Westfalen) und dem U- und S. Rat zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Man hat die Mitglieder des bisherigen Soldatenrats verhaftet. Noch ist die Schuldfrage nicht geklärt, aber das eine ist sicher, wenn irgendein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen stützen zu können, es wagen sollte, an irgendeiner Ecke des Reiches eine Gegenrevolution anzuknüpfen, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, werden wir ihm Weichs mit Weichs vergelten. Das Kabinett hat gestern Abend der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kaschau nach Berlin zu verlegen. Es hat ferner die sofortige Absetzung des Generals von Eber-

hardt verlangt. Noch ist zur Stunde keine Antwort der Obersten Heeresleitung eingelaufen; doch hofft man, daß die militärischen Stellen, getreu ihrer Zusicherung sich dem Willen der Regierung beugen werden.

Darf nun in einer solchen Zeit das Produktionsleben stillgelegt werden? Ist jetzt die Frage, ob Lohn, oder Arbeitslosigkeit, die Hauptfrage? Das wäre eine Kurzsichtigkeit. Nach einem Jahr wird von der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Arbeitsentlassungen dürften erst dann erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf vier Stunden herabgesetzt wird. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rückhaltlos bis zum Äußersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir die wahre, vollständig ausgebaute sozialistische Republik erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Otto Tost erklärte, daß der Zentralrat der Marine jede Regierung unterstützen werde, die gewillt sei, auf der Grundlage der sozialistischen Republik energisch zu arbeiten. Die Marine stellt sich der Reichsregierung und dem Volkskongress geschlossen zur Verfügung.

Die Offfront gegen den Berliner Volkskongress.

In Berlin versammelte Delegierte der großen Soldatenräte der 8. und 10. Armee, der Stappe Bug, des Militärregiments Altauen, sowie des 3. Reservekorps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 300 000 Kameraden, haben dem Volkskongress in Berlin folgende Resolution vorgelegt: Die einseitige Zusammensetzung des Berliner Volkskongresses bietet uns Vertretern der Offfront keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden. Wir fordern deshalb 1. den unverzüglichen Zutritt des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. sofortige Zulassung der von den geschoffenen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen. In der Nichterfüllung dieser Forderungen erblicken wir die schwerste Gefährdung der deutschen Reichseinheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die Offfront geschlossen hinter der jetzigen Regierung steht.

Die U- und S. Mite von der Entente nicht anerkannt.

Der Schweizer Brest-Telegraph meldet Minister Blum erklärte im Kammerbesuch, daß mit den Verhandlungen des deutschen Arbeiter- und Soldatenrates auch über die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht verhandelt werden dürfe.

Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung für die Reichsregierung.

Der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung hat gestern an den Gouverneur von Kiel, Reichstagsabgeordneten Roske, folgenden Rundpruch gerichtet: „Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihnen ausgesprochenen Entschlossenheit gegenüber den Vorgängen in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen auf das schärfste das Treiben gewisser Minderheiten, weil wir darin die größte Gefahr für die Eigenschaften der Revolution und den Bestand des Reiches erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsche nach einer Nationalversammlung, die alsbald unter Mitwirkung aller noch unter den Waffen Stehenden einzuberufen ist. Bis dahin halten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Ebert-Haase mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Die Besetzung Deutschlands.

Der Londoner „Daily Chronicle“ sagt: „Jrgend eine verantwortliche Regierung oder verantwortliche Regierungen müssen vom deutschen Volk eingesetzt werden, sonst können wir keine andere Wahl haben, als Deutschland selbst zu besetzen, bis die Schwierigkeiten behoben sind. Zu diesem Vorhaben würde man sich natürlich nur mit größtem Widerstreben entschließen.“

Einzug der Alliierten in Berlin?

Am dem Plane eines demonstrativen Einzuges der alliierten Truppen durch das Brandenburger Tor in Berlin wird nicht nur von französischer, sondern auch von englischer Seite unbedeutend festgehalten.

„Kein Brot für die Volkswölfen.“

Der Schweizer Brest-Telegraph berichtet aus New York: Wie die Zeitungen melden, hat die amerikanische Regierung über die Ernährungsfrage in Deutschland verschiedene Informationen von Sachverständigen eingeholt, um festzustellen, ob die deutschen Ausgaben über eine Hungersnot auf Tatsachen beruhen. Nach dem Gutachten dieser Sachverständigen soll Deutschland bis April eventuell bis Mai genügend Lebensmittel besitzen. Die Zeitungen schlagen vor, Lebensmittel nach Europa zu schicken, die aber vorläufig in den Deutschland angrenzenden Ländern aufzusapeln sind, und vorerst abzuwarten, wie sich die Lage in Deutschland entwickle und ob die Küste aufrecht erhalten werden könne. Man muß nach dem Grundsatz verfahren: Kein Brot für die Volkswölfen.

Die Zahl der Teilnehmer am Friedenskongress.

Nach Pariser Meldungen wird mit der Teilnahme von wenigstens 1500 offiziellen Persönlichkeiten am Friedenskongress gerechnet. Die Zahl der Teilnehmer ohne direktes Mandat dürfte nach den Vorbereitungen, die in Paris zu ihrer Unterbringung getroffen werden, wenigstens das Dreifache betragen.

Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen.

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Auf Befehl von Marshall Foch verkehren diezüge in Elsaß-Lothringen entsprechend dem Vorschreiten der französischen Truppen bis zu den Linien der Vorposten. Diese dürfen weder in der einen noch in der anderen Richtung überschritten werden. Ausgenommen sind Lebensmittel- und Materialtransporte. Die Regelung des Personenverkehrs erfolgt. Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Inbetriebnahme in Elsaß-Lothringen. Dies gilt besonders für Koks aus der Ruhrgegend für Diebenthal, dessen Heranschaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist. Der Brest-Telegraphen- und Telephonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen zu erwarten sind.

Räumung widerrechtlich besetzten Gebiets.

Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Ententetruppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, die sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt hatten. Anschließend erfolgte die Räumung auf Grund des Einspruches der Waffenstillstandskommission.

Die Auslieferungspflicht für Eisenbahnmaterial.

Das Reuterische Büro erklärt, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung der Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. sich immer schwieriger gestaltet infolge des schlechten Zustandes des rollenden Materials. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung bis zum 1. Dezember verlängert wird.

Der Wert des ausgelieferten Kriegsmaterials.

Der „Secolo“ meldet aus Paris: Im Kammerbesuch wurde der Wert der von Deutschland ausgelieferten Eisenmaterialien an Kriegsschiffen und rollendem Material auf rund zwei Milliarden Franken beziffert.

Die roten Wölfe.

Die Franzosen besetzen auch auf bairischer Seite die Rheinbrücken bei Weiskirchen und Sasbach und pfanzten die Trifolore auf. Die Franzosen bekundeten, daß auf jeden deutschen Soldaten geschossen werden würde, der sich mit roter Schleiße oder Fahne bei den Brücken sehen ließe.

Deutsche Einladung an Wilson.

Wie der „Lof. Vng.“ hört, wird von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

artei
Engel
Volks
Hef
die W
nd.
Du
Buch
Wahl
sag Dir
mal, Du
erleibt
Wieder
eigene
u.
r.
g.
stelle
immenda
ene Ge
es unter
bel
ht.
en
mpfiehlt
R 13.
ng.
en ob,
2 Jahr
ob, als
acht
Tagebl.
nung
en, rüch
von la
eucht ab
der W. T.
neblatt.
ten
14. p.
igen
blatt

Redaktion: Auer Tageblatt, Auergebirge, Erzgebirge.
Verlag: Auer, Auergebirge, Erzgebirge.
Druck: Auer, Auergebirge, Erzgebirge.